

Bundeswehr schrumpft - Verteidigungsausgaben rauf? Mut zu populären Lösungen!

Aktueller Wehrbeauftragten-Bericht und weitere Fakten

Es sind werbeträchtige Bilder, die die Medien am 22.1. von einer Bundesmarine im Rettungseinsatz für Flüchtlinge im Mittelmeer präsentierten. Wieder 245 in Seenot geratene "Boatpeople" aus dem Wasser gefischt und erstversorgt, medizinisch und mit Getränken und Essen. Der Einsatzgruppenversorger Berlin der größten Kategorie Kriegsschiff der Bundesmarine, kreuzt derzeit vor Libyens Küste als Teil des deutschen Kontingents von EU NAVFOR Med - Operation Sophia. Eigentlich, wie der vordringliche offizielle Auftrag lautet, um gegen Schleuser und Schlepper zu ermitteln und Fakten zu sammeln (braucht es dazu eines 180 mtr. langen Versorgungsschiffes mit bis zu 233 SoldatInnen Besatzung?). Das könnte doch auch ein kleines Ermittlerteam von Europol oder Frontex verdeckt unauffälliger recherchieren. Da kommen neue Flüchtlinge gerade recht, die man genau nach ihren Auskünften befragt, auf welchen Wegen sie gekommen sind, mit wessen Hilfe sie zu einer Passage übers Meer gelangten, was sie wem dafür zahlten usw. Dagegen hat im Grunde niemand etwas einzuwenden, wenn's denn auch hilft. Man hat die Flüchtlinge zur Insel Lampedusa gebracht, wo sie der italienischen Küstenwache übergeben wurden und nun einem weiteren ungewissen Schicksal entgegensehen. Nicht nur die Bundesmarine fährt solche Einsätze, am längsten ist wohl die Organisation Ärzte ohne Grenzen mit Rettungs- und Hilfsschiffen unterschiedlicher Größen dort schon unterwegs und half bisher zehntausendfach.

Libyen ist seit dem Kriegseinsatz alliierter NATO-Luftwaffen (USA, Frankreich, Kanada) im libyschen Bürgerkrieg 2011 sozusagen zum freien Korridor gebombt worden, durch den seit etwa zwei Jahren immer mehr Flüchtlinge aus der Subsahararegion (Ghana, Nigeria, Somalia, Eritrea) und Nah-/Mittelost ans Mittelmeer gelangen, um sich von dort auf die gefahrenreichen Routen übers Meer nach Italien aufzumachen. Es ist da einfacher als an den durch kilometerlange, 6-Meter hohe Zäune, Stacheldraht und Militärpatrouillen stark gesicherten EU-Außengrenzen der spanischen Exklaven Melilla und Ceuta an der marokkanischen Grenze durchzukommen. In Libyen sind dagegen auch in großer Zahl Schlepperorganisationen aktiv und zwar relativ ungehindert von Polizei oder einer Armee, die es im Regierungs gespaltenen Land Libyen, dem es an staatlicher Souveränität in jeder Hinsicht fehlt, seither nur mehr improvisiert gibt.

Was haben diese Vorbemerkungen mit der Überschrift dieses Beitrags zu tun? Am 26.1. gab gegenüber dem Parlament der Wehrbeauftragte des Bundestages Hans-Peter Bartels (SPD) seinen jährlichen Bericht zum personellen und Ausrüstungszustand des deutschen Militärs ab. Bartels, früher selbst einmal Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, spricht hinsichtlich der Bundeswehr von "planmäßiger Mangelwirtschaft", die Ausbildung, Übung und Einsatz gefährde und wünscht sich auch personell wieder eine stetigere Zunahme. Ohne konkrete Zahlen zu nennen plädiert er dafür, den Verteidigungshaushalt nicht weiter sinken zu lassen, sondern jetzt moderat anzuheben. Und noch eine weitere Nachricht ist in diesem Zusammenhang interessant, nämlich die prompte Reaktion auf den neuen Bericht durch die Verteidigungsministerin Frau von der Leyen. Sie ließ die Öffentlichkeit umgehend wissen, dass man über die aktuellen Zahlen zur Mann-/Fraustärke der Armee und zum teils desolaten Materialzustand der Waffenausrüstung schon seit geraumer Zeit bestens unterrichtet sei. Präventiv stellte sie zur Besänftigung ihrer Kritiker gleich mal ein stattliches Pfund von einer Zahl in den Raum gegen jedes

bisher geknauserte Spardiktat für die Truppe. Danach soll bis zum Jahr 2030 die Bundeswehr für 130 Mrd. Euro saniert werden. Davon ist etwa die Hälfte als zusätzliche Ausgabe zum Verteidigungshaushalt gedacht, so dass dies einer realen jährlichen Steigerung des Militärbudgets um gut 4 Mrd. Euro entsprechen würde. Sind Heer, Luftwaffe und Marine in einem derart schlechten Zustand, dass es einer solchen drastischen Runderneuerung bedarf? Gleichzeitig will von der Leyen auch die von de Maizière 2011, als man noch unter den Krisenauswirkungen von 2008 stand, festgelegten Obergrenzen für schweres Militärgerät wie Panzer und Kampfjets aufheben. Natürlich muss sich die Ministerin mit ihrer utopischen Wunschvorstellung noch gegenüber dem eisern sparenden Finanzminister durchsetzen, worin sie sich zuversichtlich zeigt, der sich aber bis 2019 "nur" auf eine Zunahme beim Militäretat (derzeit etwa 34 Mrd.) von ca. 2 Milliarden eingestellt hat. Da wird ihr das von ihr für 2016 angekündigte neue Verteidigungs-Weißbuch noch geballte Schützenhilfe leisten müssen.

Nun ist das Ziel dieses kurzen Kommentars nicht, Klage zu führen über eine zahlenmäßig schrumpfende und mangelhaft ausgerüstete Bundeswehr. Im Gegenteil. Je weniger Militär, desto besser. Aber wenn eine Armee schrumpft (die Bundeswehr laut neuem Bericht zuletzt von 185.000 auf noch 177.000 SoldatInnen) und gleichzeitig die Kosten für ihren Unterhalt in die Höhe schnellen sollen, kann wohl irgend etwas Gravierendes nicht stimmen. Oder anders gefragt, was wurde da bisher versäumt und vernachlässigt bzw. lief grottenfalsch? Sicher, die schwarzen Pannenschafe, technischen Lücken und der Effektivitätsschwund auf unter 70% sind soweit schon länger bekannt. Allem voran, die um ein Vielfaches gestiegenen Kosten für den neuen geplanten Militärtransporter A 400-M, der noch immer nicht in größerer Stückzahl der bestellten 40 an die Luftwaffe wie eigentlich vor Jahren mal geplant ausgeliefert werden konnte. Ein Standard-Sturmgewehr G36 von Heckler & Koch, das bei Gebrauch mit heiß geschossenem Lauf nicht präzise treffen kann und das komplett ersetzt werden muss. Da sind ferner die erheblichen zeitlichen Verzögerungen und Nachrüstungsanforderungen bei der Übergabe des neuen Kampfhubschraubers Tiger gewesen, der sich für seinen Ersteinsatz in Afghanistan zunächst als technisch untauglich erwies. Da ist die nicht endende Reparaturserie beim Transporthubschrauber NH90. Das Fehlen bis vor kurzem eines leichten Transporthubschraubers für kleine Einheiten des Kommandos Spezialkräfte. Ein allmählich in die Jahre gekommenes Kampf- und Allzweckflugzeug Tornado, das einer Nachfolgeanschaffung bedarf. Nicht zuletzt erwähnt die skandalösen Vorgänge im Zusammenhang der Entwicklung und Tests der Aufklärungsdrohne Euro Hawk, deren Entwicklungskosten bis 2013 über 600 Mio. Euro betragen, als sich Probleme mit der Zulassung für den deutschen Luftraum herausstellten. Zunächst eingemottet wurde sie für neue modifizierte Tests reaktiviert, was nun weitere 198 Mio. Euro kostet, um elektronenoptische Teile davon für ein neues Dronensystem Triton vom selben US-Hersteller zu verwenden. Von der Leyen durfte dann den wegen der Euro Hawk-Misere ins Visier geratenen und an einem Ministerrücktritt gerade noch vorbei geschrammten de Maizière ablösen.

Die Bundeswehr, nur "bedingt einsatzbereit", lautete schon mal in den 1960er Jahren der Titel eines Zeitungsberichts im SPIEGEL, der einen ganzen Staatsskandal heraufbeschworen hat. Ausgerechnet diese alte Schlagzeile beschwört aktuell der ehemalige Bundeswehr-Generalinspekteur Harald Kujat zur Zustandsbeschreibung, der schon immer ein Befürworter für mehr Militärausgaben war. Er fordert 20.000 SoldatInnen mehr, eine Erhöhung des Militärhaushalts um 9 Mrd. Euro binnen drei Jahren und eine Verdoppelung der Mittel für Materialbeschaffung auf 30% des Wehretats.

Um nicht missverstanden zu werden: hier soll nicht in den Chor derer mit

eingestimmt werden, die das erhebliche Zurückbleiben der Bundeswehr in wichtigen Rüstungs- und Personalpunkten hinter ihren eigenen gesetzten Standards besorgt als bedenklich kritisieren und Abhilfe anmahnen. Aber wenn das Material dauerhaft so schlecht bzw. technisch anfällig ist, die Jugend immer weniger freiwilligen "Bock" auf Bund hat, dass es markante Aufwuchsprobleme in allen Waffengattungen gibt und derzeit 8.000 SoldatInnen fehlen, Militär an sich ja schon untauglich ist, seinen Auftrag "Frieden mit Waffen zu schaffen" zu erfüllen - warum dann ein solches untaugliches Gebilde und sich absehbar verflüchtigendes Militär nicht gleich ganz abschaffen? Die dadurch riesigen frei werdenden Dividende könnten für die Entwicklung von Frieden durch gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Hilfe für arme und ärmste Länder und ihre Menschen eingesetzt werden, damit sie gerade nicht mehr flüchten müssen. Und damit wären wir wieder beim Ausgangsthema Flüchtlinge. Es ist möglich, mal eben einige Mrd. mehr pro Jahr für die Armee zu verplanen, aber in der Frage der Flüchtlingsversorgung und -hilfe fehlt es an allen Ecken und Enden an Mitteln und Personal, wird endlos lang um nötige Ausgabenposten, Erfassungs- und Kontrollverfahren gefeilscht wie auf einem arabischen Basar. Das ist nur noch beschämend und oberpeinlich.

Man sei, so der Wehrbeauftragte, "am Wendepunkt". Das kann man vom friedenspolitischen Standpunkt aus nur unterstreichen. Soldaten und Soldatinnen könnten von Militärlast und Militärzwang befreit zu ihrer wirklichen Bestimmung finden, nämlich zur unmilitärischen zivilen Art "Krieg zu führen" als umgeschulte, unbewaffnete Peacekeeping- und Peacebuilding-ExpertInnen in Konflikten und internationalen Auseinandersetzungen und für Frau von der Leyen als gelernter Ärztin gäbe es sicher noch einen Arbeitsplatz bei Ärzte ohne Grenzen. Auf geht's, Frau Ministerin, man muss nur das Richtige zum richtigen Zeitpunkt wollen. Mut zur populären Entscheidung - abrüsten!

© Elmar Klink, Bremen, 28.1.2016. Dossier Nr. 3/2016

Es liegen weitere Texte und Beiträge vor zur innenpolitischen Entwicklung (Dossier 1/16), zu Afrika im Blickpunkt (Dossier 4/16) und Neuherausgabe von Hitlers Schrift Mein Kampf (Dossier 2/16).